

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 32

vom 16. Oktober 2009

Redaktion: Katja Richardt

Bund

862. Sitzung des Bundesrates3

Wirtschaft und Hafen

Logistik-Initiative Hamburg führend in Deutschland5

Nordländer richten Augenmerk auf Verkehr, Hafenhinterlandanbindungen, Maritime
 Wirtschaft, Seehäfen, Werften und Forschung6

Die Ostbake auf Neuwerk steht wieder..... 16

Arbeitskreis Binnenschifffahrt installiert 18

Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Stadtbahn macht den ÖPNV zukunftsfähig.....19

Neue HVV-Tarife beschlossen21

Damit Kinder gerne und sicher spielen können.....28

Umwelt

Hamburg wird zur weltweiten Diskussionsplattform zum Klimaschutz30

Soziales, Familie und Gesundheit

Zweijähriger Modellversuch zur kontrollierten Teilnahme an U-Untersuchungen32

Impfstrategie gegen Neue Grippe.....34

Vorsorge treffen für den Ernstfall37

Wissenschaft und Forschung

Uni-Bauentwicklung – Handelskammer-Papier lässt Fragen offen.....38

Gundelach begrüßt Beschlüsse der KMK40

ChinaTime

Hamburg startet Vorbereitungen für CHINA TIME Hamburg 2010.....41

Personen

HafenCity Universität Hamburg: Präsident Spier geht zurück in die Forschung	43
Bundesverdienstkreuz für Uwe M. Schneede	45
Robert Wilson erhält Medaille für Kunst und Wissenschaft	46
Bundesverdienstkreuz für Jürgen Blankenburg	47

Zur Information

Terminkalender	48
----------------------	----

Pressestelle des Senats

15.10.2009/iv15

An der 862. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 16. Oktober 2009, nehmen Erster Bürgermeister Ole von Beust, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.

Die Tagesordnung umfasst 16 Punkte.

Neuwahl des Bundesratspräsidiums

Der Bundesrat wählt morgen den neuen Bundesratspräsidenten und die beiden Vizepräsidenten. Bürgermeister Jens Böhrnsen aus Bremen wird am 1. November 2009 turnusgemäß das Amt von Ministerpräsident Peter Müller aus dem Saarland übernehmen. 1. Vizepräsident wird als scheidender Bundesratspräsident Ministerpräsident Müller, 2. Vizepräsident wird Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen.

Hamburg beantragt Aufnahme des Verbots der Diskriminierung aufgrund der „sexuellen Identität“ in das Grundgesetz

Hamburg, Bremen und Berlin haben gemeinsam eine Initiative in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel, Art. 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der „sexuellen Identität“ zu ergänzen. Art. 3 GG sieht derzeit vor, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und niemand aufgrund seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt und niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Mit der Ergänzung des Gleichheitssatzes um das Merkmal der „sexuellen Identität“ soll klargestellt werden, dass auch Lesben, Schwule und Transgender den Schutz des Diskriminierungsverbots genießen. Eine Benachteiligung oder Bevorzugung aufgrund ihrer sexuellen Identität wird damit ausgeschlossen. Die Stadtstaaten wollen sich dafür einsetzen, dass die Freiheit des Einzelnen verfassungsrechtlich abgesichert ist und es zu den Grundwerten der Gesellschaft gehört, Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität nicht zu diskriminieren. Erster Bürgermeister Ole von Beust wird den Antrag im Bundesrat begründen.

Hamburg unterstützt novellierte Verordnung für Kleinf Feuerungsanlagen

Kamin- und Kachelöfen, holzbefeuerte Herde oder Speicheröfen spenden in zahlreichen Häusern und Wohnungen die benötigte Wärme. Solche kleinen und mittleren Feuerungsanlagen tragen leider in einem beträchtlichen Umfang zur Belastung der Bevölkerung mit Feinstaub und anderen Gesundheitsgefährdenden Stoffen bei. Die von Hamburg unterstützte Kleinf Feuerungs-Verordnung (1. Bundesimmissionsschutzverordnung – BImSchV-) passt daher die zulässigen Grenzwerte und Anforderungen für diese Anlagen an den aktuellen technischen Standard an. Hamburg befürwortet im Bundesrat auch eine Entschließung, die einen besseren Schutz vor Schadstoff-Emissionen insbesondere in dicht bebauten Gegenden fordert. Die Beeinträchtigungen und Beschwerden von Nachbarn bei der Nutzung von Klein-Feuerungsanlagen sollen dadurch zukünftig noch weiter verringert werden.

Sonderführerschein für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

Hamburg unterstützt die Einführung einer neuen Fahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste bis 7,5 Tonnen. Voraussetzung für die Erteilung dieses sog. Feuerwehrführerscheins ist, dass der Fahrer seit mindestens zwei Jahren eine Fahrerlaubnis der Klasse B (PKW) besitzt und Mitglied einer der genannten Hilfsorganisationen ist. Die Erlaubnis soll in sogenannte einfache (Fahrzeuge bis 4,75 Tonnen) und qualifizierte (Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen) Fahrberechtigungen unterteilt werden. Auf eine gesonderte theoretische Prüfung wird in

beiden Fällen verzichtet. Erforderlich sind jedoch weiterhin eine für die jeweiligen Fahrzeuge entsprechende Ausbildung und eine praktische Fahrprüfung.

Der Bevollmächtigte beim Bund Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann: „Der Feuerwehrführerschein sichert die Einsatzbereitschaft der genannten Hilfsorganisationen, indem auch Nachwuchskräfte auf den Einsatzfahrzeugen eingesetzt werden können, die seit 1999 mit ihrem PKW-Führerschein nur noch Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen fahren dürfen. Darüber hinaus begrüße ich, dass durch die Möglichkeit, nach zwei Jahren eine allgemeine Fahrerlaubnis bis zu 7,5 Tonnen zu erlangen, ein Anreiz für stärkeres ehrenamtliches Engagement geschaffen wird.“

Für Rückfragen:

**Sabine Spitzer,
Koordination Bundesrat,
Presse
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>**

13. Oktober 2009/bwa13

Logistik-Initiative Hamburg führend in Deutschland

Hervorragendes Benchmarkingergebnis

Im Rahmen eines bundesweiten Benchmarkings von Unternehmensnetzwerken im Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wurde die Logistik-Initiative Hamburg als führendes Netzwerk ausgezeichnet. Insbesondere ragen die Leistungen der Logistik-Initiative in den Bereichen Wahrnehmung, Mitgliederentwicklung und Mehrwerte weit über die Leistungen der Wettbewerber hinaus.

Die Logistik-Initiative Hamburg ist das größte Standort-Netzwerk der Branche und gehört nachweislich zu den aktivsten Kompetenznetzwerken in Deutschland, was sich auch in der Anzahl an Dienstleistungen für die Mitglieder widerspiegelt.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Die Auszeichnung ‘Kompetenznetz 2009’ freut mich sehr und zeigt auf, dass sich die Idee hinter der Logistik-Initiative Hamburg, die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, bewährt hat.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

13. Oktober 2009/ pr13

Prioritäten norddeutscher Länder

Nordländer richten Augenmerk auf Verkehr, Hafenhinterlandanbindungen, Maritime Wirtschaft, Seehäfen, Werften und Forschung

Die fünf norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich mit einem gemeinsamen Papier an die Partner der neuen Bundesregierung gewandt. Kernpunkte sind die Verkehrswege und vor allem die Hafenhinterlandanbindungen, die Maritime Wirtschaft, die Seehäfen und Werften, die Forschung und Entwicklung sowie der Meeres- und Küstenschutz.

„Wir wollen deutlich machen, dass diese Themen, die besonders den Norden Deutschlands betreffen, im gesamtstaatlichen Interesse liegen und besonderer Aufmerksamkeit bedürfen“, so Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust.

Unabhängig von der aktuellen Weltwirtschaftskrise verdoppelt sich beispielsweise das Umschlagvolumen in den deutschen Seehäfen voraussichtlich bis 2025. Die Regierungschefs der Nord-Länder Ole von Beust, Jens Böhrnsen, Erwin Sellering, Peter Harry Carstensen und Christian Wulff bitten die neue Bundesregierung unter anderem, die Hinterlandanbindungen der Häfen zu verbessern und die Investitionsmittel hierfür bedarfsgerecht aufzustocken. Weitere Positionen der norddeutschen Länder finden Sie in der Anlage.

„Die norddeutschen Länder bekennen sich dabei ausdrücklich zur Haushaltskonsolidierung des Bundes“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff als Vorsitzender der Konferenz Norddeutschland (KND). „Wir gehen davon aus, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung beitragen und damit für ganz Deutschland eine sinnvolle Investition sind.“

Neben Handel und Logistik betonten die fünf Ministerpräsidenten besonders die strategische Bedeutung der in Norddeutschland starken Bereiche Luft- und Raumfahrt, aber auch der Forschung und Entwicklung. Mit seinen von Bund und Ländern gemeinschaftlich finanzierten Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft sowie den ansässigen Universitäten und Universitätskliniken sei der Norden eine Schwerpunktregion in der Forschung der Lebenswissenschaften, der Struktur- und Systembiologie und der Materialforschung.

Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust: „Diese von Bund und norddeutschen Ländern gemeinsam initiierten Forschungsnetzwerke müssen im gesamtdeutschen Interesse zielgerichtet vorgebracht und gefördert werden. Dabei ist es Aufgabe der neuen Bundesregierung dazu beizutragen, dass Norddeutschland nicht nur Anbieter der großen Infrastrukturen für die bundesweite und internationale Forschercommunity ist, sondern auch

in Norddeutschland an den großen Geräten exzellente Forschungseinrichtungen wie CFEL oder CSSB entstehen.“

Für Rückfragen:

Kristin Breuer, Senatssprecherin, Freie und Hansestadt Hamburg,
Pressestelle des Senats, Telefon: (040) 42831-2243,
E-Mail: kristin.breuer@sk.hamburg.de

Forderungen der norddeutschen Länder an eine neue Bundesregierung

Die norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wollen mit diesem Papier deutlich machen, dass verschiedene Themen, die gerade den Norden Deutschlands betreffen, aber auch im gesamtstaatlichen Interesse liegen besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Deshalb richten wir uns mit konkreten Positionen zu den Themen

- Verkehrswege und dabei insbesondere den Hafenhinterlandanbindungen,
- Maritime Wirtschaft, Seehäfen und Werften,
- Forschung und Entwicklung sowie Meeres- und Küstenschutz

an die neuen Koalitionspartner auf Bundesebene. Insbesondere für diese Bereiche bestehen norddeutschlandspezifische Bedarfe, die im neuen Koalitionsvertrag und in der Agenda der künftigen Bundesregierung Berücksichtigung finden müssen.

Die norddeutschen Länder bekennen sich dabei ausdrücklich zur Haushaltskonsolidierung des Bundes. Sie gehen davon aus, dass die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung beitragen und damit für ganz Deutschland eine sinnvolle Investition sind.

I. Verkehrswege

Unabhängig von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wird prognostiziert, dass sich bis 2025 das Umschlagvolumen in den deutschen Seehäfen mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung wird zu einer deutlichen Erhöhung der Personen- und Güterverkehre in Norddeutschland führen. Bereits heute konkurrieren Personen- und Güterverkehr jedoch auf zahlreichen Verkehrswegen im Norden so stark, dass die Kapazitätsgrenzen erreicht oder sogar überschritten werden.

Für eine bedarfsgerechte Abwicklung dieser Verkehre ist ein beschleunigter Ausbau bzw. eine Optimierung der Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße dringend erforderlich. Der Bund hat mit seiner Schwerpunktsetzung zur Finanzierung von Seehafenhinterlandverkehren diese besondere Ausbaunotwendigkeit im Norden erkannt. Dieses Vorgehen muss nun verstetigt und beschleunigt werden.

Für eine langfristige gesicherte Abwicklung der Personen- und Güterverkehre im Norden Deutschlands und eine beschleunigte Umsetzung der notwendigen Maßnahmen muss der Bund die Investitionsmittel für die Hafenhinterlandverkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht aufstocken.

Von wesentlicher Bedeutung für den Norden sind dabei folgende Infrastrukturprojekte:

Schiene:

- Bau der Y-Trasse
- Herstellung der durchgehenden Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Bahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven
- Ausbau der Strecke Hamburg – Lübeck – Travemünde
- Ausbau der Strecke Rostock – Berlin

- Ausbau der Strecke Langwedel – Uelzen
- Dreigleisiger Ausbau der Strecke Stelle – Lüneburg
- Ausbau der Strecke Berlin – Pasewalk – Stralsund
- Ausbau der Strecke Lübeck / Hagenow Land – Rostock – Stralsund (VDE 1)
- Dreigleisiger Ausbau der Strecke Pinneberg – Elmshorn
- Maßnahmen zur Entlastung des Schienenknotens Hannover
- Maßnahmen zur Entlastung des Schienenknotens Bremen
- Maßnahmen zur Entlastung des Schienenknotens Hamburg

Straße:

- Sechsstreifiger bzw. achtstreifiger Ausbau von A 1 und A 7
- A 14 Schwerin – Magdeburg
- A 252 (Hafenquerspange / Südtangente Hamburg)
- A 281 Eckverbindung Bremen
- Weiterbau der A 20 von Lübeck (A 1) nach Stade (A 26) mit Elbquerung
- Neubau A 26 von Stade (A 20) bis Hamburg (A 7)
- Neubau A 39 Lüneburg – Wolfsburg
- Neubau der A 22
- Weiterbau der A 21 (Ostumfahrung Hamburgs bis zur A 250) inkl. Elbquerung
- Ausbau der B 96 Sassnitz – Berlin

Wasserstraßen:

- Schleusen Elbe-Lübeck-Kanal
- Ausbau der Mittelweser mit den Schleusen Minden und Dörverden
- Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe sowie Unter- und Außenweser

Die norddeutschen Infrastrukturprojekte müssen mit der gebotenen Priorität in den Bundesverkehrswegeplan und in den Investitionsrahmenplan eingestellt werden. Die volkswirtschaftliche und bedarfsgerechte Bewertung der Projekte muss zu einer zeitnahen Realisierung der Vorhaben führen, um Kapazitätsengpässe im Hafenhinterlandverkehr abzubauen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Küstenländer bzw. der Verkehrswege im Hafenhinterland muss sich in einer Prioritätensetzung zu Gunsten der Norddeutschen Länder für den Infrastrukturausbau widerspiegeln. Dabei muss die Bewertung der Projekte im Bundesverkehrswegeplan auch die anerkannten Seeverkehrsprognosen berücksichtigen.

Die Fahrrinnenanpassungen von Unter- und Außenweser sowie der Unter- und Außenelbe sind zentrale Infrastrukturvorhaben zur Verbesserung der seewärtigen Erreichbarkeit der Seehäfen und Teil einer gemeinsamen Politik zur Stärkung der maritimen Wirtschaft in Norddeutschland.

Der Fahrrinenausbau von Unter- und Außenelbe und Unter- und Außenweser kann nur unter unbedingter Gewährleistung der Deichsicherheit, der Belange des Naturhaushalts sowie der unterschiedlichen ökonomischen Belange durchgeführt werden.

II. Maritime Wirtschaft

Die Maritime Wirtschaft der norddeutschen Küstenregionen zeichnete sich in den vergangenen Jahren durch eine bemerkenswerte Dynamik aus, die erst von der aktuellen Weltwirtschaftskrise vorläufig unterbrochen worden ist.

In den fünf norddeutschen Bundesländern sind rd. 140.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ca. 3.700 maritimen Betrieben (ohne maritimen Tourismus) beschäftigt. Allein die Werften beschäftigen ca. 22.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

1. Seehäfen und Seeschifffahrt

Die starke Rolle Deutschlands im Welthandel ist untrennbar mit der Leistungsfähigkeit der Seehäfen an der Nord- und Ostseeküste verbunden. Von der Leistung der Häfen profitiert ganz Deutschland mit einer Vielzahl von komplementären Industrie- und Dienstleistungsbereichen, die in allen Regionen und Wirtschaftssektoren angesiedelt sind. Immer mehr entwickeln sich die Seehäfen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung zu modernen Distributions- und Logistikzentren. Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein bringen derzeit Beträge in Milliardenhöhe auf, um die Leistungsfähigkeit der Seehäfen durch Investitionen in Infrastruktur und Suprastruktur zu optimieren. Diese Investitionen stellen für alle Hafenstandorte eine besondere Haushaltsbelastung dar.

Zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung und der Europäischen Union ist ein forcierter Ausbau der Offshore-Windenergie und damit der zugehörigen Hafeninfrastruktur von zentraler Bedeutung. Von einer Optimierung der Logistikkette werden zentral die Frage der Wirtschaftlichkeit der Windenergie einerseits und die Frage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anlagenproduzenten andererseits abhängen.

Vor dem Hintergrund der nationalen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Seehäfen treten wir dafür ein, gemeinsam mit dem Bund Wege zu entwickeln, wie Investitionen mit gesamtstaatlicher Bedeutung in Hafeninfrastruktur zusätzlich unterstützt werden können. Unter dem Gesichtspunkt der nationalen Aufgabe der Seehäfen müssen die Hafencosten zukünftig stärker kompensiert werden. Die für den Zeitraum bis 2019 getroffenen Regelungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich und zum Solidaritätspakt II bleiben davon unberührt.

Die deutsche Seeschifffahrtspolitik war mit ein Grund für die Stärkung der deutschen Seehäfen im Wettbewerb mit den europäischen Seeschifffahrtsstandorten. Dabei entwickelte sich die Seeschifffahrt mit den Reedereien und den verbundenen Dienstleistungsunternehmen zu einem Wachstums- und Beschäftigungsmotor.

Die neue Bundesregierung muss die bisherige Seeschifffahrtspolitik mit den wichtigen Instrumenten Tonnagesteuer und Ausbildungsförderung im Rahmen des Maritimen Bündnisses fortsetzen.

2. Werften

Die deutsche Schiffbauindustrie erlebt derzeit eine ihrer schwersten Krisen. Die norddeutschen Werften und mit ihnen die Zulieferindustrie sind besonders stark von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise betroffen. Mit dem Welthandel ist auch der Schiffsverkehr eingebrochen. Bestehende Aufträge wurden storniert oder verschoben, fertige Neubauten wurden zum Teil nicht abgenommen. Aufträge in Milliardenhöhe sind geplatzt. Dies hat dazu geführt, dass einige Werften bereits Insolvenz anmelden mussten. Es ist zu befürchten, dass zahlreiche Arbeitsplätze verloren gehen. In dieser Situation bedürfen die norddeutschen Werften der besonderen Unterstützung.

Die neue Bundesregierung muss ein Zeichen setzen und alles dafür tun, um noch vorhandene Auftragsbestände zu sichern und die Akquise neuer Aufträge unterstützen. Im besonderen Fokus steht die Finanzierung der Neubauten. Das KfW-Sonderprogramm 2009 muss sowohl für die Werften als auch für die Reeder handhabbar gemacht werden.

Die norddeutschen Werften verfügen unter anderem über überdurchschnittliches Know-how im Marineschiffbau und haben im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung im Bau von U-Booten, Fregatten und Korvetten. Marineaufträge sind nach wie vor für die Grundauslastung der betroffenen Werften wichtig, insbesondere zur Erhaltung ihrer Kernkompetenz und Technologieführerschaft. Die für die Bundesmarine ausgeführten Aufträge sind für den Export als Referenz unverzichtbar.

Der Bund muss prüfen, inwieweit Marine- und Instandhaltungsaufträge für Marineschiffe vorgezogen werden können. Dabei muss auf eine gleichmäßige Sicherung aller Standorte der Marinewerften geachtet werden.

Die bereits weltweit vorhandenen Überkapazitäten im Schiffbau werden in den nächsten Jahren noch zunehmen. Um zukünftig dem Wettbewerb standhalten zu können, müssen norddeutsche Werften sich schwerpunktmäßig auf hochtechnologische und internationalen Vorgaben entsprechende umweltfreundliche Spezialschiffe konzentrieren. Hierbei ist es unerlässlich, verstärkt FuE-Projekte durchzuführen.

Das bestehende Innovationsförderprogramm muss der derzeitigen Wirtschaftslage angepasst werden: Die bedingte Rückzahlbarkeit muss gestrichen und eine auftragsunabhängige Förderung ermöglicht werden. Das nationale Schiffbau-Zukunftskonzept LeaderSHIP Deutschland als sinnvolles Instrument zur Unterstützung der Schiffbauindustrie muss fortgeführt werden.

3. Forschung und Entwicklung

Der Norden ist die perfekte Anlaufstelle für maritime Innovationen. Zu finden sind „hidden champions“, weltweit agierende Betriebe ebenso wie international ausgewiesene Forschungsinstitute. In Wertschöpfungsketten arbeiten Forschung, Produzenten, Systemlieferanten und Kunden Hand in Hand zusammen. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Engineering, Fertigung, Dienstleistungen und Verbandsarbeit greifen optimal ineinander und erzielen beeindruckende Erfolge – in der Region und in ganz Deutschland. Die maritime Zulieferindustrie ist mit einer Exportquote von rund 70% in der ganzen Welt gefragt.

Im Bereich der Meerestechnik hat der Bund mit der Erstellung eines „Nationalen Masterplanes Maritime Technologien (NMMT)“ begonnen. Die Länder unterstützen den Bund hierbei. Ziel des NMMT ist die Stärkung der meerestechnischen Wirtschaft Deutschlands. Insbesondere soll die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich verbessert und gefördert werden.

Die norddeutschen Bundesländer decken die gesamte Bandbreite ab: von der maritimen Zulieferindustrie über den Schiff-, Boots- und Yachtbau bis hin zu Offshore-Technologien. Dazu zählen die Windenergie-, die Meeres- und die Meeresforschungstechnik. Mit Know-how in den Bereichen Aquakultur sowie Blaue Biotechnologie sind Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein voll auf Kurs Technologieführerschaft.

Norddeutsche Meeres-, Klima- und Polarforschung hält national und international eine Spitzenstellung und übernimmt nicht nur angesichts der weltweiten Klimadiskussion eine auch gesellschaftlich höchst relevante Aufgabe. Absolute Notwendigkeit für diese Spitzenforschung ist die Ausstattung mit exzellenten Forschungsschiffen.

Die norddeutschen Länder erwarten von der neuen Bundesregierung, dass die in den nächsten Jahren aus der Fahrt gehenden Schiffe angemessen und bedarfsorientiert ersetzt werden. Die in Norddeutschland angesiedelte maritime Wirtschaft sollte faire Chancen zur Beteiligung beim Bau von Forschungsschiffen erhalten.

Der US-Kongress hat strikte Vorschriften zum Durchleuchten aller in die USA abgehenden Container in die Entsendehäfen ab dem Jahr 2012 erlassen. Da noch keine geeignete Technologie dafür zur Verfügung steht, droht eine erhebliche Beeinträchtigung des Warenaustausches.

Die verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsinitiativen in den norddeutschen Ländern und Deutschland insgesamt sowie Europa müssen mit Unterstützung der neuen Bundesregierung zu einer Strategie zusammengeführt werden, die die Sicherheit der Warenketten verbessert und gleichzeitig zu Standards führt, die die Position Europas in internationalen Verhandlungen stärkt.

Die norddeutschen Länder werden zukünftig noch enger und abgestimmter im Bereich Forschung und Entwicklung arbeiten. Wir wollen die Unternehmen und die Wissenschaft des maritimen Nordens optimal unterstützen. Dafür brauchen wir aber auch die Unterstützung des Bundes.

Die neue Bundesregierung muss sich ehrgeizige Ziele in Sachen Forschung und Entwicklung setzen. Eine 3-Prozent-Marke am BIP für Forschung und Entwicklung begrüßen wir. Die norddeutschen Länder erwarten von der neuen Bundesregierung, dass Norddeutschland von diesem gemeinsamen Ziel von Staat und Wirtschaft profitieren wird.

Die Luft- und Raumfahrt ist eine der großen Zukunftsindustrien in Deutschland. Als industrielle Schlüsselindustrie aus der Leitinnovationen für andere Bereiche entstehen, werden in diesem Bereich auch zukünftig viele neue hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Deutschland hat sich in den letzten Jahren zu einem der weltweit

bedeutendsten Standorte der zivilen Luft- und Raumfahrtindustrie und der Zulieferindustrie besonders im CFK-Bereich entwickelt. Diese Position soll weiter ausgebaut werden. Dafür ist eine weiterhin umfassende und langfristig verlässliche Unterstützung und Förderung durch die Bundesregierung für FuE-Vorhaben und Innovationsvorhaben dieser Branche unter Berücksichtigung und Nutzung der herausragenden Potentiale Norddeutschlands erforderlich.

Darüber hinaus ist Norddeutschland mit seinen von Bund und Ländern gemeinschaftlich finanzierten Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft sowie den ansässigen Universitäten und Universitätskliniken eine Schwerpunktregion in der Forschung der Lebenswissenschaften, der Struktur- und Systembiologie und der Materialforschung. Besonders in der Physik, Strukturbiologie und Infektionsforschung werden derzeit einmalige Forschungsinfrastrukturen und Forschungsnetzwerke mit starker Beteiligung des Bundes und internationaler Partner aufgebaut, die weltweit herausragend sind.

Die von Bund und norddeutschen Ländern gemeinsam initiierten Forschungsnetzwerke in der Strukturforschung, der Strukturbiologie und den Life Sciences müssen im gesamtdeutschen Interesse zielgerichtet vorgebracht und gefördert werden. Dabei ist es Aufgabe des Bundes dazu beizutragen, dass Norddeutschland nicht nur Anbieter der großen Infrastrukturen für die bundesweite und internationale Forschercommunity ist, sondern auch in Norddeutschland an den großen Geräten exzellente Forschungseinrichtungen (z.B. CFEL oder CSSB) entstehen. Die norddeutschen Länder erwarten, dass die neue Bundesregierung den vom Bund eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der in Norddeutschland angesiedelten europäischen Forschungsinfrastrukturmaßnahmen nachkommt und die Entwicklung eines nordeuropäischen Science Corridors fördert.

4. Windenergie

Die Windenergiebranche entwickelt sich aufgrund der aktuellen Herausforderungen in der Energieversorgung und beim Klimaschutz äußerst dynamisch. Dies belegen die Installationserfolge in Deutschland ebenso wie die Exportzahlen der deutschen Hersteller von Windenergieanlagen und -komponenten eindrucksvoll. Durch eine kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, Ansiedlung von Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen und die Schaffung von entsprechenden Netzwerkstrukturen konzentriert sich im Norden Deutschlands zunehmend die nationale Windenergie-Industrie und eine auch international beachtete Forschungslandschaft.

Die neue Bundesregierung sollte weiterhin an der Strategie der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien festhalten. Die norddeutschen Länder erwarten eine gezielte Unterstützung des Bundes für die Förderung der Forschungsaktivitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie für den Ausbau der diesbezüglich erforderlichen Infrastruktur.

Die Entwicklung der Offshore-Windenergie hat aus energie-, industrie- und strukturpolitischer Sicht für die Bundesrepublik und für die Küstenländer eine außerordentlich hohe Priorität.

Der VDMA schätzt das Investitionsvolumen durch den Ausbau der Offshore-Windenergie in deutschen Gewässern auf rund 40 Mrd. Euro, das BMU geht sogar von 100 Mrd. Euro aus. Wobei wesentliche Produktionskapazitäten für Komponenten der Windenergieanlagen auch in Süddeutschland liegen.

Der technische und der finanzielle Aufwand für deutsche Projekte ist durch die Lage der Projektgebiete mit Wassertiefen von 30 – 40 Metern erheblich größer als bei den Nearshore-Projekten vor den skandinavischen, der britischen oder irischen Küste. Wegen der technologischen Risiken und insbesondere wegen der Finanzkrise zeigt sich die Kreditwirtschaft bei den deutschen Projekten weiterhin sehr zurückhaltend.

Investitionen in die Offshore-Windenergie dürfen aber nicht nur von den großen Energieversorgungsunternehmen getätigt werden können. Ohne das Engagement mittelständischer Investoren werden viele Projekte erheblich verzögert. Die sich gerade im Aufbau befindlichen Produktionskapazitäten werden dadurch allenfalls mäßig ausgelastet.

Die existierenden öffentlichen Förderinstrumente sind für den außerordentlich hohen Finanzbedarf der Offshore-Projekte nur bedingt geeignet.

Wir halten ein Sonderbürgschaftsprogramm des Bundes für Offshore-Windparks für dringend erforderlich. Der Ausbau der Offshore-Windenergie an sich ist wegen der klima- und energiepolitischen Bedeutung eine nationale Aufgabe.

Unterstützung durch die Bundesregierung bedürfen die norddeutschen Bundesländer auch im Bereich des Netzausbaus. Die Ableitung des in der Nord- und Ostsee gewonnenen Wind-Stroms wird nur über zusätzliche Leitungstrassen möglich sein. Ihre fristgerechte Realisierung setzt eine zügige Vorbereitung und effektive Abwicklung durch Bund, Netzbetreiber und Bundesländer voraus.

5. Nationaler Maritimer Koordinator / Maritime Konferenz 2011

Die mehr als 20 Branchen der maritimen Wirtschaft sind sehr facettenreich und vielfältig. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass deren Belange die Zuständigkeiten unterschiedlicher Ressorts auf Bundes- und Landesebene berühren. Für die Unternehmen, Verbände, Sozialpartner und Landesregierungen war es zur sachlichen und schnellen Abwicklung ressortübergreifender Themen oft eine große Hilfe, diese beim Nationalen Maritimen Koordinator bzw. bei der Nationalen Maritimen Koordinatorin anzusiedeln.

Die Einrichtung eines/einer nationalen maritimen Koordinators/Koordinatorin muss beibehalten werden. Selbiges gilt für die Durchführung von Nationalen Maritimen Konferenzen, die der gesamten Branche eine Plattform bieten, länderübergreifend fachliche Themen zu erörtern und die Schwerpunkte bzw. Marschroute für die nächsten Jahre festzulegen. Der Veranstaltungsort sollte wie bisher unter den norddeutschen Ländern wechseln.

III. Küstenschutz

An der Küste bekommen die Menschen die Folgen des Klimawandels zu spüren. Sturm, Flut und Hochwasser sind eine ständige Bedrohung für die Küstenregionen. Der Klimawandel wird einen erheblich höheren Anstieg des Meeresspiegels zur Folge haben, der neue Anforderungen an den Küstenschutz stellt.

Diesen Anforderungen müssen sich Bund und norddeutsche Länder gemeinsam stellen, denn auch der Küstenschutz ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Dabei erkennen die norddeutschen Länder das bisherige Engagement des Bundes für den Küstenschutz ausdrücklich an. Hierzu zählt auch die Beteiligung des Bundes am Sonderrahmenplan Küstenschutz.

Wenn es um den Ausbau von Deichen und Sturmflutschutzanlagen gerade in Folge des Klimawandels geht, ist die Leistungsfähigkeit der Küstenländer begrenzt. Deshalb müssen für die Zukunft alle Finanzierungsfragen des Küstenschutzes sichergestellt werden. Zudem soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen durch ein weiteres Sonderprogramm unverhältnismäßige Sonderlasten Dritter aufgrund notwendiger Küstenschutzmaßnahmen ausgeglichen werden können.

Die Bundesmittel des Sonderrahmenplans Küstenschutz, die den Küstenländern für die Durchführung zusätzlicher Maßnahmen des Küstenschutzes zur Verfügung stehen, sollen entsprechend der langjährigen Forderung der fünf Länder auf 425 Mio. Euro bis zum Jahr 2017 erhöht werden. Nur so können die Küstenländer den durch den Klimawandel gewachsenen Herausforderungen entsprechen.

IV. Meeresschutz

Die mit dem Klimawandel verbundene Versauerung und Erwärmung der Meere führen – wie auch die immer noch zu hohen Nähr- und Schadstoffeinträge in Küstengewässer - zu einer Veränderung der marinen Biodiversität und Artenzusammensetzung. Das hat erhebliche und nachhaltige Auswirkungen auf die Meeresumwelt und seine natürlichen Ressourcen. Diese Einflüsse müssen minimiert werden, damit künftig nachhaltige Nutzungen unserer Ressourcen sichergestellt sind.

Diese Anforderungen müssen von Bund und Küstenländern gemeinsam bewältigt und dazu auch internationale Staatengemeinschaften eingebunden werden; denn der Meeresschutz ist gleichermaßen eine gesamtstaatliche und grenzüberschreitende Verpflichtung. Das bedeutet auf nationaler und internationaler Ebene gemeinsame Anstrengungen zur EU-weit rechtsverbindlich vorgeschriebenen Erreichung des guten Umweltzustands der Meere bis zum Jahr 2020 (vgl. EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie) sowie die Vereinbarung und Umsetzung nationaler Finanzierungskonzepte zur Erfüllung der Anforderungen des Meeresschutzes. Dies ist Grundvoraussetzung für eine intakte Meeresumwelt und damit die Bewahrung ihrer Ressourcen.

15. Oktober 2009/bwa15

Die Ostbake auf Neuwerk steht wieder

Die Insel Neuwerk hat ihr sichtbares Wahrzeichen - die so genannte Ostbake - zurück. Das 27 Meter hohe historische Seezeichen, das bereits im 17. Jahrhundert bestand, wurde im Januar 2007 vom Sturm "Kyrill" zerstört. Jetzt wurde sie nach Originalplänen neu errichtet und weist als Landmarke zur Orientierung von Land und von See im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer wieder weithin sichtbar den Weg. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hatte sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass der Neubau der Bake in das Bundeskonjunkturprogramm aufgenommen wurde. Ausgeführt wurden Planung und Bau von der Hamburg Port Authority (HPA). Die einzelnen Teile der Ostbake wurden in Hamburg vorgefertigt und durchs Watt auf die Insel gebracht. Dort wurde die Holzkonstruktion innerhalb von drei Wochen vor Ort zusammen gesetzt.

Bei der Gründung des Bauwerks half ein Unternehmen aus Cuxhaven. Dabei stießen die Handwerker auf Relikte aus alten Tagen: Zahlreiche Pfahlstummel im Untergrund beweisen, dass die Ostbake im Laufe ihrer Geschichte an dieser Stelle immer wieder neu aufgebaut wurde. Dass das historische Seezeichen Wind und Wetter trotzen muss, zeigte sich auch bei der jetzigen Neuerrichtung. Starke Sturmwinde und Hochwasser behinderten die Bauarbeiten. Trotzdem blieb das Projekt im Zeitplan. Damit die Ostbake nun lange Zeit erhalten bleibt, wird sie künftig regelmäßig gewartet. Bereits im nächsten Jahr steht eine erste Wartung an: Da das Holz schwindet, sich also zusammenzieht, müssen alle Schrauben nachgezogen werden.

Bürgerschaftspräsident Berndt Röder: „Neuwerk hat eines seiner Wahrzeichen wieder, das ist ein wirklicher Grund zur Freude! Zusammen mit der Nordbake und dem Leuchtturm, dem ältestem Bauwerk der Stadt, bildet die Ostbake ein einzigartiges Ensemble historischer Seezeichen, das für die Identität von Hamburgs kleinstem Stadtteil von immenser Bedeutung ist. Hamburgs Tradition als Seefahrerstadt ist in diesen Bauwerken sichtbar. Die vielen Besucher können nun wieder alle Attraktionen der Insel genießen, mitten in der beeindruckenden Naturlandschaft des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer. Ich danke dem Technischen Hilfswerk Hamburg, der Hamburg Port Authority und der Nationalparkverwaltung für ihren tatkräftigen Einsatz, um dieses Bauwerk wieder in alter Pracht im Ostvorland von Neuwerk entstehen zu lassen.“

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Mein Dank gilt zuerst der tatkräftigen Mithilfe der Insulaner, die sich für ihre Ostbake eingesetzt haben. Ich freue mich auch, dass Neuwerk davon insbesondere als touristische Perle Hamburgs profitiert. Die Bake wurde übrigens schneller fertig als ursprünglich geplant. Ihr Wiederaufbau ist nicht zuletzt ein sichtbares Zeichen für die Umsetzung des Konjunkturprogramms.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

16. Oktober 2009/bwa16

Arbeitskreis Binnenschifffahrt installiert

Verstärkte Einbeziehung des Binnenschiffes als nachhaltiger Verkehrsträger geplant. Logistik-Initiative als Plattform.

Mit einer Kick-off-Veranstaltung wurde heute von der Logistik-Initiative Hamburg und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Arbeitskreis Binnenschifffahrt ins Leben gerufen. Dieser Arbeitskreis soll eine neutrale Plattform für die relevanten Akteure aus dem Bereich Binnenschifffahrt und Hafengewirtschaft bieten, um interdisziplinär innovative Konzepte zu entwickeln und zu implementieren, die neben dem Bahntransport insbesondere die Binnenschifffahrt im Hafen Hamburg und im Hinterland stärken. Die Basis dafür bietet das von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegebenes Gutachten der Firma UNICONSULT Universal Transport Consulting GmbH, das der Binnenschifffahrt gute Zukunftschancen einräumt und bereits Handlungsfelder definiert. Im Bürgermeistersaal des Rathauses empfingen Senator Axel Gedaschko und der Sprecher der Logistik-Initiative Hamburg, Prof. Peer Witten rund 70 Gäste aus Wirtschaft, Interessenverbänden und Verwaltung, darunter die Staatssekretäre Schröder aus Sachsen-Anhalt und Bretschneider aus Brandenburg, was auch das vitale Interesse der anderen nord- und ostdeutschen Bundesländer an einer engen Kooperation in diesem Wirtschaftszweig belegt. Im Arbeitskreis kommen Experten aus dem Hamburger Hafen sowie Häfen des Elbstromgebietes, der Binnenschifffahrt, der Spedition sowie Verbände zusammen

Senator Axel Gedaschko: „Gerade auch mit Blick auf die erklärten gemeinsamen Ziele von Wirtschaftlichkeit und von Klima- und Umweltschutz muss das Binnenschiff als ökonomisch und ökologisch optimaler Verkehrsträger wesentlich stärker als bisher in die Transportketten einbezogen werden. Die durch die derzeitige wirtschaftliche Lage entstandene Atempause müssen wir nutzen, um uns auf die kommenden Herausforderungen einzustellen.“

Prof. Peer Witten, Sprecher der Logistik-Initiative Hamburg: „Die Binnenschifffahrt ist eine umweltverträgliche und zukunftsfähige Transportalternative. Daher begrüße ich es, dass sich der Arbeitskreis Binnenschifffahrt aus Interessenvertretern formiert, die sich für Hamburg und weit über die Stadtgrenzen hinaus engagieren.“

Der Arbeitskreis Binnenschifffahrt wird seine operative Arbeit im Dezember aufnehmen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

13. Oktober 2009/bsu13

Stadtbahn macht den ÖPNV zukunftsfähig

Senat informiert Bürgerschaft über Stand der Stadtbahnplanung

Der Senat hat heute die Bürgerschaft über den Stand der Stadtbahnplanungen informiert. Die Mitteilung an die Bürgerschaft ist notwendig um jetzt die weiteren erforderlichen Verfahrensschritte zum Bau der Niederflurstadtbahn und dem 52 Kilometer langen Zielnetz einleiten zu können.

Hamburg braucht die Stadtbahn, damit auch in Zukunft noch mehr Menschen einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr nutzen können. Es ist absehbar, dass die Nachfrage im ÖPNV ein Niveau erreichen wird, das mit Bussen nicht mehr überall zu bewältigen und mit Schnellbahnen wegen des hohen finanziellen Aufwandes nicht wirtschaftlich abzuwickeln ist. Mit dem jetzt beschlossenen Zielnetz werden endlich Großsiedlungen wie Steilshoop und der Osdorfer Born an den leistungsfähigen Schienenverkehr angebunden.

„Wir freuen uns über den ungebrochenen Trend, auf Bus und Bahn umzusteigen und wollen hierfür die notwendigen Kapazitäten schaffen. Die Stadtbahn ist nicht nur das attraktivste und ökologischste Verkehrsmittel, sondern auch das wirtschaftlichste. Mit der Stadtbahn macht der ÖPNV in Hamburg einen großen Schritt in die Zukunft“, sagte Senatorin Anja Hajduk.

Mit dem heutigen Senatsbeschluss ist die Stadtbahn jetzt offizieller Bestandteil der Verkehrsentwicklungsplanung in Hamburg. Damit wird sichergestellt, dass bei künftigen städtebaulichen Vorhaben entlang der geplanten Trassen, die Planungen zur Einführung der Niederflurstadtbahn berücksichtigt werden.

Bei der Hamburger Hochbahn AG schreiten unterdessen die Planungen für den ersten 7,6 Kilometer langen Streckenabschnitt von Bramfeld bis zum U-Bahnhof Kellinghusenstrasse voran. Zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens wird die Hochbahn in den nächsten Wochen einen Vorentwurf ihrer Pläne mit den Trägern Öffentlicher Belange diskutieren. Diese können bis Ende November Stellung beziehen. Im Sommer 2010 soll das Planfeststellungsverfahren beginnen, so dass bei optimalem Verlauf 2012 mit dem Bau begonnen werden kann.

Eine Entscheidung über die Finanzierung der Stadtbahn ist mit dem heutigen Beschluss nicht verbunden und kann erst erfolgen, wenn fundierte Kostenschätzungen vorliegen. Dies wird rechtzeitig zum Aufstellungsverfahren für den Haushaltsplan für 2011/12 der Fall sein.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

13.10.2009/bus13a

Neue HVV-Tarife beschlossen

Index macht Kostenentwicklung transparenter

Der Senat hat heute einer Anhebung der HVV-Tarife um durchschnittlich 1,8 Prozent ab 1. Januar 2010 zugestimmt. Ausgenommen von der Anhebung sind Kindereinzels- und Kindertageskarten sowie die Kurzstreckentickets, die als günstige Einstiegspreisstufe auf dem heutigen Kostenniveau bleiben sollen.

Die Höhe der Preisanhebung orientiert sich erstmals an einem Index, der im Wesentlichen auf der Entwicklung der allgemeinen Verbraucherpreise und der Entwicklung der größten Kostenfaktoren für die Verkehrsunternehmen im HVV beruht, wie der Energiepreise und der Personaltarife. Für die Jahre 2009 und 2010 ergibt sich nach dem Index ein Preisanstieg von insgesamt 5,18 Prozent. Bei den neuen Tarifen wurde die Preisanhebung vom 1.1.2009 um 3,3 Prozent berücksichtigt, so dass sich nun lediglich ein durchschnittlicher Anstieg um 1,8 Prozent ergibt.

Staatsrat Stephan Hugo Winters: „Die Tarifierhebung trägt dazu bei, die Qualität und Dichte des öffentlichen Personennahverkehrs zu sichern. Der Index ersetzt nicht die politische Abwägung, sorgt aber für mehr Transparenz bei der Preisbildung.“

Ab 1.1.2010 kostet zum Beispiel eine Einzelfahrkarte im Großbereich 2,75 Euro statt 2,70 Euro und die 9-Uhr-Tageskarte im Großbereich 5,40 Euro statt 5,30 Euro. Alle übrigen Preise entnehmen Sie bitte der Anlage.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

Fahrpreisübersicht

A Einzel- und Tageskarten

Fahrkartenart/ örtliche Gültigkeit	Preis € 2009	Preis € 2010
Einzelkarten		
Stadt-Karte (einschließlich City-Karte) *	1,20	1,20
1 Zone *	1,65	1,70
2 Zonen *	2,20	2,25
Kurzstrecke **	1,30	1,30
Nahbereich / Kurzfahrt Schnellbus **	1,65	1,70
Großbereich / 2 Ringe	2,70	2,75
3 Ringe	4,40	4,50
4 Ringe	5,75	5,90
Gesamtbereich	7,20	7,40
Einzelkarten für Kinder		
Großbereich / 2 Ringe	1,00	1,00
Gesamtbereich	2,00	2,00
9-Uhr-Tageskarten für Kinder		
Großbereich/2 Ringe	1,90	1,90
Gesamtbereich	3,80	3,80
Ganztageskarten		
Großbereich / 2 Ringe	6,30	6,50
3 Ringe	9,70	9,90
4 Ringe	12,60	13,00
Gesamtbereich	16,00	16,40
9-Uhr-Tageskarten		
Großbereich / 2 Ringe	5,30	5,40
3 Ringe	8,60	8,80

4 Ringe	10,60	10,80
Gesamtbereich	13,80	14,20
Gruppenkarten		
Großbereich / 2 Ringe	8,95	9,20
3 Ringe	13,60	14,10
4 Ringe	17,90	18,40
Gesamtbereich	22,50	23,30
3-Tage-Karten		
3-Tage-Karte (Großbereich)	15,60	15,90
3-Tage-Karte 1. Klasse (Großbereich)	19,80	20,40
Zuschläge Schnellbus / 1. Klasse		
für eine Fahrt / zu Tageskarten	1,40	1,50
Fahrradkarte R-Bahn pro Tag		
	3,50	3,50
Ergänzungskarten zu Zeitkarten		
Großbereich / 2 Ringe	1,65	1,70
3 Ringe	3,30	3,40
Gesamtbereich	4,95	5,10
Kind Gesamtbereich	1,00	1,00

* = nur außerhalb des Großbereichs Hamburg

** = nur innerhalb des Großbereichs Hamburg

B Zeitkarten

Fahrkartenart / örtliche Gültigkeit	Abonnementskarten		Monatskarten	
	Preis € 2009	Preis € 2010	Preis € 2009	Preis € 2010
Allgemeine Zeitkarten				
1 Zone *	34,80	35,20	42,50	43,00
2 Zonen	45,40	45,80	55,50	56,00
3 Zonen	62,00	62,90	76,00	77,00
Großbereich (GH) / 4 Zonen	71,50	72,50	88,00	89,00
GH + 1 Zone / 5 Zonen	87,90	90,20	108,00	110,50
GH + 2 Zonen / 6 Zonen	107,60	109,70	132,00	134,50
GH + 3 Zonen / 7 Zonen	127,00	129,00	155,00	157,50
Gesamtbereich	143,00	145,00	176,00	178,00
Zeitkarte Kind	23,70	24,00	29,00	29,50
Allgemeines Großkundenabonnement (Proficards)				
GKA I 3 Ringe	66,00	67,00		
GKA I Gesamtbereich	98,50	101,00		

GKA II 3 Ringe	56,00	57,00		
GKA II Gesamtbereich	89,00	91,50		

GKA III 3 Ringe	51,50	52,50		
GKA III Gesamtbereich	79,50	82,00		
CC-Karten (personengebunden, einschließlich Schnellbus, ohne 1. Klasse)				
1 Zone *	24,60	24,60	30,00	30,00
3 Zonen	27,50	27,90	33,50	34,00
Großbereich (GH) / 4 Zonen	39,60	40,40	48,00	49,00
GH + 2 Zonen / 6 Zonen	52,40	54,10	64,00	66,00
Gesamtbereich	62,70	64,80	76,50	79,00
9-Uhr-Seniorenkarten				

1 Zone *	24,60	24,60	30,00	30,00
Großbereich (GH) / 4 Zonen	39,60	40,40	48,00	49,00
GH + 2 Zonen / 6 Zonen	52,40	54,10	64,00	66,00
Gesamtbereich	62,70	64,80	76,50	79,00
Spar-Seniorenkarte	34,50	35,20		
Zuschläge Schnellbus /1. Klasse				
Allgemein	31,20	33,20	37,50	40,00
Senioren- / CC-Karte	15,50	16,60	19,00	20,00
GKA III pauschal	6,40	6,80		

* = nur außerhalb des Großbereichs Hamburg

C Zeitkarten für Auszubildende

Fahrkartenart/ örtliche Gültigkeit	Abonnementskarten		Monatskarten	
	Preis €	Preis €	Preis €	Preis €
	2009	2010	2009	2010
Schülerkarten				
Hauptkarte 1 Zone *	26,60	27,10	32,50	33,00
Hauptkarte Großbereich / Kreis / 2 Zonen	33,60	34,00	41,00	41,50
Hauptkarte Gesamtbereich	47,50	48,40	58,00	59,00
Nebenkarten				
Nebenkarte 1 Zone *	19,50	20,00	24,00	24,50
Nebenkarte Großbereich / Kreis / 2 Zonen	26,30	26,80	32,50	33,00
Nebenkarte Gesamtbereich	37,30	38,50	45,50	47,00
Zeitkarten für Auszubildende und Studierende				

1 Zone *	27,00	27,00	33,00	33,00
2 Zonen	34,40	34,70	42,00	42,50
3 Zonen	47,30	48,00	58,00	58,50
Großbereich (GH) / 4 Zonen	54,10	54,90	66,50	67,50
GH + 1 Zone / 5 Zonen	66,10	67,80	81,00	83,00
GH + 2 Zonen / 6 Zonen	80,90	82,50	99,00	101,00
GH + 3 Zonen / 7 Zonen	95,10	96,70	116,00	118,00
Gesamtbereich	108,20	109,80	133,00	135,00
Großkundenabonnement für Auszubildende und Studierende (Proficards)				
GKA I 3 Ringe	49,50	50,50		
GKA I Gesamtbereich	73,50	76,00		
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>				
GKA II 3 Ringe	42,00	43,00		
GKA II Gesamtbereich	67,00	69,00		
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>				
GKA III 3 Ringe	38,50	39,50		
GKA III Gesamtbereich	59,50	62,00		

D Flexicards und Wochenkarten

Örtliche Gültigkeit	Wochenkarte		Flexicard-Tagessätze	
	Preis € 2009	Preis € 2010	Preis € 2009	Preis € 2010
1 Zone *	11,20	11,25	2,10	2,25
2 Zonen	14,50	14,75	2,75	2,95
3 Zonen	20,30	20,50	3,80	4,10
Großbereich (GH) / 4 Zonen	23,30	23,50	4,40	4,70
GH + 1 Zone / 5 Zonen	28,20	29,00	5,40	5,80
GH + 2 Zonen / 6 Zonen	34,40	35,50	6,65	7,10
GH + 3 Zonen / 7 Zonen	40,60	41,50	7,90	8,30
Gesamtbereich	46,40	47,00	9,05	9,40
Zuschläge Schnellbus / 1. Klasse	10,20	11,00	2,05	2,20
			Basisbetrag je Verkaufsvorgang	
			1,30	0,00

* = nur außerhalb des Großbereichs Hamburg

15. Oktober 2009/bsu15

Damit Kinder gerne und sicher spielen können

BSU gibt Tipps zu privaten Spielplätzen in der Stadt

Was macht einen guten Kinderspielplatz aus? Holz, Stein, Sand: Welches Material spricht Kinder an? Wann fühlen sich Betreuungspersonen wohl? Diesen und weiteren Fragen geht die jetzt von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt herausgegebene Broschüre „Private Spielflächen in Innenstadtquartieren“ nach

Die 64seitige Broschüre gibt Tipps, wie Kinderspielflächen nach §10 Hamburgisch Bauordnung möglichst optimal für Kinder und ihre Betreuer errichtet werden können. Mit zahlreichen Fotos werden gelungene Beispiele vorgestellt. Vielfach zeichnen sich Kinderspielflächen heute durch unzureichende Sitzmöglichkeiten, mangelnden Sichtschutz, Kies als Bodenbelag oder unpassende Bepflanzungen aus. **Anja Hajduk, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Wir wollen künftig Kinderspielflächen mit mehr Qualität und damit Hamburg noch attraktiver für Kinder machen. Mit dieser Broschüre wollen wir dazu beitragen, sich bereits in frühen Planungsstadien von attraktiven, modernen und kindgerechten Ideen inspirieren zu lassen.“**

Ob Rasenwellen, Büsche oder Bäume; ob Schaukel, Spielkiste oder Piratenschiff - die individuellen Lösungen zeigen, wie selbst auf engstem Raum Orte mit Atmosphäre für alle Bewohner, insbesondere aber für Kinder, geschaffen werden können. Die Spiel- und Aufenthaltsbeispiele stammen aus Hamburg, weiteren deutschen Großstädten aber auch aus der Schweiz, Schweden und Kanada. Zusätzlich enthält die Broschüre eine Checkliste zur Beurteilung der Qualität von Spielplätzen.

Die Broschüre richtet sich an alle, die an der privaten Spielflächen-Entwicklung beteiligt sind – Bauherren, Investoren, Vertreter der Wohnungswirtschaft, Landschaftsarchitekten oder Genehmigungsbehörden. **Durch den hohen, anschaulichen Nutzwert ist die Broschüre jedoch auch für alle Bewohner geeignet, die Spielflächen haben oder einrichten wollen. Als PDF-Datei unter:**

<http://www.hamburg.de/contentblob/1835354/data/kinderspielflaechen.pdf>

Die Broschüre „Private Spielflächen in Innenstadtquartieren – Hinweise zur Gestaltung“ ist kostenlos zu beziehen über: „Hamburg. Das Stadtmodell“. **Nur Direkt-Abholung:** Wexstraße 7, 20355 Hamburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 – 17 Uhr, Samstag und Sonntag 13 bis 17 Uhr. Tel.: 428 40 -2194 od. -2082. Email: stadtmodell-hamburg@bsu.hamburg.de

Ort: Berlin-
sinnvoll

kleinere
Rutsche



Friedenau: Der vorhandene Höhengsprung wird genutzt. Die verschiedenen Aufstiegsmöglichkeiten sind besonders für Kinder attraktiv, das Rutschen auf der breiten sowieso.

Ort:
anregende
Findlingen
andere



Friedensalle, Hamburg-Ottensen: Zum Spiel vielfältige Raumgestaltung. Der Hang mit zeigt viele Trampelpfade, eine Rutsche und Spielgeräte ergänzen die Spiel und Bewegungsmöglichkeiten.

Ort:
versetzten,

Räumen,



Wohnhof Hofweg, Hamburg-Uhlenhorst: Die kulissenartig sich aus verschiedenen Blickwinkeln überlagernden Heckenelemente bilden eine Abfolge von kleinen die unter anderem zum Verstecken spielen animieren.

Ort:
Wasser,
das Spiel
gehen
bisschen



Wohnhof Eilenriede, Hannover:: Holz, Steine, Sand. Ganz selbstverständlich ist Teil des Gartens. Pflanzen und Sand ineinander über. Da wird beim Spielen ein Acht gegeben.

Weitere Beispiele und Foto-Downloads unter: www.bsu.hamburg.de

Für Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Pressestelle -
Tel.: 040 / 428 40 – 3063 od. -2058

16. Oktober 2009/bsu16

Hamburg wird zur weltweiten Diskussionsplattform zum Klimaschutz

Noch ein Monat bis zur City Climate Conference vom 16. – 18.11.

Hamburg wird in genau einem Monat Gastgeber für Bürgermeister und Städtevertreter aus der ganzen Welt. Vom 16. bis 18. November tagt die Hamburg City Climate Conference im CCH, zu der sich zahlreiche hochkarätige Gäste angemeldet haben.

Die Hamburger Klimakonferenz soll die besondere Rolle der Städte im Kampf gegen den Klimawandel im Vorfeld der Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen deutlich machen und neue Ziele für städtische Verwaltungen formulieren. Mit der Konferenz stellt sich Hamburg bereits in diesem Jahr als Europäische Umwelthauptstadt 2011 international vor und versammelt als Erstunterzeichner der europäischen Initiative Konvent der Bürgermeister die Mitgliedstädte der Initiative.

Ein Schwerpunkt der Konferenz ist die Sicherstellung der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen für die Städte, angesichts finanziell schwieriger Zeiten. In weiteren Foren werden internationale Experten Impulse für die Diskussionen mit Bürgermeistern und hochrangigen Städtevertretern zu Fragen der nachhaltigen Energieversorgung und mobiler Lebensqualität geben.

Anja Hajduk, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Ich freue mich sehr, Städtevertreter aus der ganzen Welt in Hamburg auf der Klimakonferenz begrüßen zu dürfen. Mit dieser Konferenz will Hamburg als Europäische Umwelthauptstadt 2011 zusammen mit dem Covenant of Mayors zeigen, dass Städte bereit sind, mehr Verantwortung zur CO₂-Reduzierung zu übernehmen.“

Hamburg erwartet auf der Hamburg City Climate Conference Bürgermeister und Experten, Vertreter der Bundesregierung und europäischer Institutionen, der Nichtregierungsorganisationen, von Städtenetzwerken und aus Umweltverbänden.

Prominente Gästen sind Jeremy Rifkin, Präsident der Foundation on Economic Trends, Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender der Otto-Gruppe sowie Bürgermeister und

internationale hochrangige Vertreter aus Amman, Amsterdam, Berlin, Danzig, Dar es Salaam, Genua, Göteborg, Helsinki, Kaliningrad, Kinshasa, London, Marseille, Moskau, München, Nantes, Sankt Petersburg, Riga, Stockholm, Varna, Warschau und Wien.

Neben den Diskussionen wird es im Rahmen der Konferenz mit der Green Plaza eine Kommunikationsplattform geben, auf der sich Städte, Netzwerke und Wirtschaft austauschen können. Hier wird auch die Siemens AG als Hauptsponsor der Konferenz, Lösungsvorschläge für den Klima- und Umweltschutz in urbanen Regionen präsentieren. Im Anschluss an die Konferenz finden Stadtrundfahrten statt, an denen gezeigt wird, wie die nachhaltige Klima- und Stadtentwicklungspolitik in Hamburg umgesetzt wird.

Weiteres zur Konferenz und zur Anmeldung: www.city-climate-conference.de.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

13. Oktober 2009/bsg13

Zweijähriger Modellversuch zur kontrollierten Teilnahme an U-Untersuchungen Erinnerungs- und Meldewesen von U6 und U7 für mehr Kinderschutz

Die gesundheitliche Vorsorge für Hamburger Kinder im Vorschulalter soll in einem zunächst zweijährigen Modellversuch neu strukturiert und Maßnahmen für höhere Teilnahmequoten getestet werden. Dazu wird ein Erinnerungs- und Meldewesen für die gesetzlichen Früherkennungsuntersuchungen U6 (10. bis 12. Lebensmonat) und U7 (21. bis 24. Lebensmonat) einschließlich einer Evaluation gestartet. Mit der Einführung soll versucht werden, eine noch bessere Inanspruchnahme der von den gesetzlichen Krankenkassen kostenlos angebotenen Früherkennungsuntersuchungen für Kinder zu erreichen. Gleichzeitig soll überprüft werden, ob über ein derartiges Meldewesen Kinderschutzfälle entdeckt werden, die den Jugendhilfebehörden bislang verborgen geblieben sind.

„Wir wollen, dass Kinder in Hamburg gesund aufwachsen und die Hilfen erhalten, die sie dazu benötigen“, so **Gesundheits- und Familiensenator Dietrich Wersich**. „Die Teilnahmeraten an den U-Untersuchungen sind bereits recht hoch. Durch den Modellversuch wollen wir nun probieren, ob wir neben anderen vorhandenen Ansätzen, durch dieses strukturierte Einladungs- und Meldewesen die Raten noch erhöhen können und darüber hinaus eventuelle Vernachlässigungsfälle entdecken, die bislang unentdeckt waren. Gemeinsam mit den Bezirken könnten wir dann eingreifen und den Familien notwendige Hilfen zukommen lassen.“

Im Rahmen des Modellversuchs sollen die Sorgeberechtigten von circa 33.000 Kindern in Hamburg durch Anschreiben einer zentralen Stelle zu den Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7 jährlich an die Teilnahme erinnert werden. Durch die Untersuchungen können frühzeitig Krankheiten und eine Gefährdung der normalen, altersentsprechenden körperlichen und geistigen Entwicklung von Kindern entdeckt werden. Das Einwohnermelderegister meldet hierfür die für das Erinnerungs- und Meldewesen notwendigen Daten aller Kinder im Alter vom achten bis zum achtundzwanzigsten Monat an die zentrale Stelle. Diese verschickt ein Erinnerungsschreiben mit einer Karte an die Personensorgeberechtigten. Die Karte soll dem der Ärztin/ dem Arzt

vorgelegt und durch sie/ ihn nach der Untersuchung abgezeichnet an die Zentrale Stelle zurück geschickt werden.

Sollte keine Rückmeldung erfolgen, so werden die Sorgeberechtigten erneut angeschrieben. Bleibt der Besuch beim Arzt weiterhin aus, wird das zuständige bezirkliche Gesundheitsamt eingeschaltet. Von dort erfolgt eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch, bei dem die Sorgeberechtigten erneut über das kostenlose Angebot zur Früherkennung von Krankheiten bei ihrem Kind informiert und über den hohen Stellenwert aufgeklärt werden, den die Untersuchung für ein gesundes Aufwachsen hat. Bei Bedarf werden die Eltern auch dabei unterstützt ihrem Kind die Teilnahme an dieser Untersuchung zu ermöglichen.

Neben dem Erinnerungs- und Meldewesen, das gemeinsam mit den Bezirken erarbeitet wurde, wird auch ein Konzept dargelegt, wie die frei werdenden Ressourcen, die sich aus einer Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes (KibeG) ergeben, für ein Nachuntersuchungsangebot zur U6/ U7, die Verstärkung der Schuleingangsuntersuchung sowie die Beratung von Kindertageseinrichtungen bei der Gesundheitsvorsorge sinnvoll eingesetzt werden können.

Auch die durch die Neueinführung der U7a erforderlich werdende Anpassung des bisherigen ärztlichen Untersuchungsangebotes des Öffentlichen Gesundheitsdienstes für Kinder im vierten Lebensjahr in Kindertagesstätten soll zu einem verbesserten Angebot der gesundheitlichen Vorsorge für Kinder im Vorschulalter genutzt werden. Die Träger von Kindertageseinrichtungen sollen verstärkt bei der Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Kinder beraten und unterstützt werden. Außerdem sollen gezielt Untersuchungen bei Kindern durchgeführt werden, die bisher nicht ausreichend ärztlich versorgt sind. Zahnärztliche Untersuchungen im Rahmen des KibeG bleiben davon unberührt.

Die Neustrukturierung umfasst eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen, die durch die Hamburgische Bürgerschaft zu beschließen sind. Die gesetzliche Umsetzung erfolgt dann im Rahmen eines Artikelgesetzes, da sowohl zwei Gesetze als auch eine Rechtsverordnung betroffen sind. Auf diese Weise wird erreicht, dass die Änderungen zeitgleich erfolgen und die Maßnahmen zügig umgesetzt werden können.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

14. Oktober 2009/bsg14

Impfstrategie gegen Neue Grippe

Senator Wersich stellt Rahmenplan zur Schweinegrippe-Impfung vor

Ende Oktober sollen die Impfungen gegen die Neue Grippe bundesweit beginnen. Gesundheitssenator Dietrich Wersich hat in einer Pressekonferenz heute den Rahmenplan mit den Impfeempfehlungen sowie die Impfstrategie für Hamburg vorgestellt.

„Nach bundesweiten Diskussionen und aufwendigen Planungen steht jetzt der Rahmen für die Impfungen gegen die Neue Grippe. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern werden wir am 26. Oktober auch in Hamburg mit den Impfungen des Schlüsselpersonals beginnen“, so **Gesundheitssenator Wersich**. „Der Impfstoff wird in wöchentlichen Lieferungen bundesweit entsprechend der Bevölkerungsanzahl verteilt. Wir erwarten in Hamburg ca. 65.000 Impfdosen pro Woche. Entsprechend appellieren wir auch an die Solidarität der Hamburgerinnen und Hamburger, dass sich gesunde Menschen noch etwas gedulden, damit nach dem Schlüsselpersonal zunächst die sogenannten Risikogruppen geimpft werden können.“

Zum Schlüsselpersonal zählen Personal in medizinischen, pflegerischen Einrichtungen mit unmittelbarem Patientenkontakt sowie das Personal zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung (Feuerwehr, Polizei). Zu den Risikogruppen zählen Personen (ab 6 Monaten) mit

- chronischen Krankheiten der Atmungsorgane einschließlich Asthma und chronisch obstruktiver Bronchitis,
- chronischen Herz-Kreislauf-, Leber- und Nierenkrankheiten,
- Diabetes und anderen Stoffwechselkrankheiten,
- Multipler Sklerose mit durch Infektionen ausgelösten Schüben,
- angeborenen oder erworbenen Immundefekten mit T-zellulärer oder B-zellulärer Restfunktion,

- HIV-Infektion oder andere Infektionskrankheiten, die eine Schwächung des Immunsystems verursachen,
- vergleichbar schwere Erkrankungen, bei denen zu erwarten ist, dass eine Erkrankung an Influenza A/H1N1 schwer verläuft
- sowie Schwangere unter besonderer Risikoabwägung.

Die STIKO empfiehlt die weiteren Impfungen je nach Verfügbarkeit der Impfstoffe in folgender zeitlicher Reihenfolge und Abstufung:

- Haushaltskontaktpersonen, die eine mögliche Infektionsquelle für ungeimpfte Risikopersonen und Säuglinge unter 6 Monaten sein können;
- alle übrigen Personen ab dem Alter von 6 Monaten bis 24 Jahren;
- alle übrigen Personen im Alter von 25 bis 59 Jahren;
- alle übrigen Personen ab 60 Jahre.

Insgesamt erhält Hamburg über eine Million Impfdosen. Entgegen erster Annahmen scheint nach jetziger Kenntnis für den größten Teil der Bevölkerung eine einmalige Impfung auszureichen. Entsprechend wäre mit der bestellten Menge für deutlich mehr als die Hälfte der Hamburgerinnen und Hamburger Impfstoff verfügbar. Darüber hinaus besteht die Option zur Bestellung weiterer Impfdosen.

In Hamburg werden die Impfungen an unterschiedlichen Stellen durchgeführt. Die Betriebsärzte und -ärztinnen der Krankenhäuser sowie der Arbeitsmedizinische Dienst führen die Impfungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch. Der Öffentliche Gesundheitsdienst wird die Impfung für das Personal aus den übrigen medizinischen Einrichtungen anbieten. Die Bürgerinnen und Bürger mit einem erhöhten gesundheitlichen Risiko werden größtenteils von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten geimpft. Die Impfung gegen die Neue Grippe wird jedoch nicht in jeder Praxis angeboten. Über Adressen und Öffnungszeiten der Impfstellen wird die Gesundheitsbehörde sobald möglich, nach jetziger Planung in der Woche **ab dem 26. Oktober 2009**, informieren. Grundsätzlich ist die Impfung gegen die Neue Grippe ein freiwilliges Angebot, es besteht keine Impfpflicht.

Der bundesweit verteilte Impfstoff der Firma GlaxoSmithKline (GSK) wurde mit einem Adjuvants versehen, um eine ausreichende Impfstoffmenge produzieren zu können. Dieses Vorgehen beinhaltet nach bisheriger Kenntnis zusätzlich den Vorteil, dass leichte Veränderungen des Virus durch den Impfstoff abgedeckt sind. Die in dem GSK Impfstoff verwendeten Adjuvantien fanden bereits in anderen Impfstoffen ihre Anwendung. Zu deren Verträglichkeit bei Impfungen liegen schon umfangreiche Daten vor, ohne dass es dort zu

auffälligeren Nebenwirkungen im Vergleich zu anderen Impfstoffen gekommen wäre. Bei breiter Anwendung des Impfstoffes können jedoch bislang unerwartete Nebenwirkungen nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

15. Oktober 2009/bsg15

Vorsorge treffen für den Ernstfall

Broschüre der Sozialbehörde informiert u.a. über Patientenverfügungen

Wie kann ich sicherstellen, dass auch bei schwerer Krankheit, nach einem Unfall oder bei einer Behinderung meine Wünsche zur Lebensgestaltung berücksichtigt werden? Antwort auf diese und weitere Fragen zur rechtlichen Vorsorge gibt die aktualisierte Broschüre „Ich Sorge vor!“ der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die ab sofort erhältlich ist. Auf rund 40 Seiten informiert die Broschüre über Möglichkeiten der rechtlichen Vorsorge und gibt praktische Tipps zum Verfassen von entsprechenden Vollmachten und Verfügungen.

Berücksichtigt wird in der Neuauflage der Broschüre auch das neue Recht zur Patientenverfügung. Im Gesetz ist nun klargestellt, dass Menschen in jeder Phase ihres Lebens selbst entscheiden können, ob und wie sie behandelt werden möchten. Auch für Betreuer, Bevollmächtigte und Ärzte schafft das neue Recht mehr Rechtssicherheit: Sie sind an den in einer Patientenverfügung niedergelegten Willen gebunden.

Die Broschüre „Ich Sorge vor!“ ist unter anderem bei den Hamburger Betreuungsvereinen kostenlos erhältlich sowie unter den folgenden Kontaktdaten bei der Sozialbehörde zu bestellen: Telefon 040/42863-7778, E-Mail publikationen@bsg.hamburg.de.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

13. Oktober 2009/bwf13

Uni-Bauentwicklung – Handelskammer-Papier lässt Fragen offen

Wissenschaftsbehörde setzt auf konstruktiven Dialog

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) zeigt sich erfreut, dass nunmehr auch das Standpunkte-Papier der Handelskammer zur baulichen Entwicklung der Universität Hamburg vorliegt. Die BWF begrüßt ausdrücklich die Aussage des Papiers zur Notwendigkeit ausreichender Entwicklungspotenziale für die Universität sowie absehbarer, aber noch nicht berechenbarer Raumbedarfe und die Bedeutung von Flächen für Ausgründungen.

Auch wenn eine eingehende Prüfung des Papiers der Handelskammer seitens der BWF aus Zeitgründen noch nicht erfolgen konnte, so zeigt doch ein erster cursorischer Durchblick, dass beim Konzept der Handelskammer viele Aspekte einer vertieften Untersuchung bedürfen und noch einige Fragen offen bleiben.

So stellt sich z.B. die Frage, ob die unter Denkmalschutz stehende riesige Halle des Großmarktes ohne ausreichendes Tageslicht für eine universitäre Nutzung geeignet ist. Die relativ große Entfernung zwischen der Mathematik, -Informatik- und Naturwissenschaftlichen Fakultät (MIN) und dem Hauptcampus mit den Hörsälen könnte sich ebenso als Problem erweisen. Die Verfügbarkeit der Flächen des heutigen Großmarktes wie im Alternativ-Standort „Klostertor“ aufgegriffen, lassen aufgrund der Bestandsgarantie bis 2034 mit Sonderkündigungsrecht 2024 eine kurzfristig realisierbare Lösung für die Uni unwahrscheinlich scheinen.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Ich freue mich, dass die Handelskammer mit ihrem Standpunkte-Papier zur breiten öffentlichen Diskussion beiträgt, die wir mit unserer Entwicklungsstudie angestoßen haben. Wir werden das Standpunkte-Papier der Handelskammer wie auch die anderen vorliegenden Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterziehen. Dazu werden wir das vertrauensvolle Gespräch mit der Handelskammer suchen, um aus unserer Sicht noch offene Fragen oder widersprüchliche Aussagen abzuklären. Belastbare Daten, wie wir sie in unserer Studie vorgelegt haben, sind

schließlich die grundlegende Voraussetzung für eine abschließende Empfehlung an Senat und Bürgerschaft im Frühjahr 2010. Derzeit hat das Papier noch mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen.“

Neben der Untersuchung der funktionalen Aspekte gilt es, die grobe Kostenschätzung der Handelskammer detailliert aufzubereiten, um Transparenz zu erzeugen. So wurden bei der Erarbeitung der Studie zur baulichen Entwicklung der Universität Hamburg alle relevanten Gebäude einer eingehenden Untersuchung durch Experten unterzogen. Hierbei haben nicht nur die Gebäudestruktur und der Brandschutz eine Rolle gespielt, sondern insbesondere funktionale Aspekte für die universitäre Nutzung. Sieht das Handelskammer-Papier nur 17 Gebäude als dringend sanierungsbedürftig an, so hat die Studie ergeben, dass rund zwei Drittel der untersuchten Gebäude in einem schlechten bzw. sehr schlechten Zustand sind. Allein dieser Aspekt macht deutlich, dass bei der Kostenermittlung unterschiedliche Kriterien zugrunde gelegt wurden.

Den Vorwurf der Handelskammer, der Struktur- und Entwicklungsplan der Universität (STEP) hätte in die Studie von Ernst & Young einbezogen werden müssen und die Studie erst nach Verabschiedung des STEP entwickelt werden dürfen, weist die BWF energisch zurück. Die BWF hat stets betont, dass die schon damals vorliegenden Grunddaten des STEP in die Studie von Ernst & Young eingeflossen sind und diese insoweit auf einer soliden Basis aufbaut.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

16. Oktober 2009/bwf16

Gundelach begrüßt Beschlüsse der KMK

Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses in Hamburg bereits eingeleitet

Auf ihrer 372. Sitzung hat die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen, adäquat und schnell auf die vorgebrachten Kritikpunkte am Bologna-Prozess zu reagieren und die Weiterentwicklung des Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen voranzutreiben. Hamburgs Wissenschaftssenatorin begrüßt die Beschlüsse der KMK ausdrücklich und verweist auf die bereits im Juli gestarteten Hamburger Reformanstrengungen.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Die von der KMK beschlossenen Punkte sind zwingend notwendig, um die Wirkungen des Bologna-Prozesses zu analysieren und Schwachstellen in der Umsetzung zu beseitigen. Entscheidend sind eine Reform der Studieninhalte und damit die Straffung und bessere Strukturierung der Curricula sowie eine Verbesserung der Studierendenbetreuung. Mit der Unterzeichnung des Hamburger Memorandums zur weiteren Reform der Studienangebote im Juli 2009 haben wir auf die Kritik der Studierenden am Bachelor-/Master-System reagiert. Die hochschulübergreifende Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit im September aufgenommen und erarbeitet derzeit einen ersten Entwurf eines Maßnahmenkatalogs. Im nächsten Schritt werden wir diesen Entwurf mit den Studierenden erörtern. Auf dieser Basis können die Hochschulen dann ihre spezifischen Handlungskonzepte entwickeln.“

Hintergrund:

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) sowie die Präsidien der sechs staatlichen Hamburger Hochschulen haben am 31. Juli 2009 ein Memorandum zur weiteren Reform der Studiengänge unterzeichnet mit dem Ziel, eine Reform der Reform zu initiieren: Die Studierbarkeit der Studiengänge soll verbessert, die Mobilitätsmöglichkeiten der Studentinnen und Studenten erhöht sowie die Berufsqualifikation von Bachelor-Abschlüssen optimiert werden. Der Arbeitsgruppe gehören die Amtsleitung der BWF sowie die für den Bereich Lehre zuständigen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Hochschulen an.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

16. Oktober 2010/pr-CT16

CHINA TIME Hamburg 2010:



Hamburg startet Vorbereitungen für CHINA TIME Hamburg 2010

Vom 9. bis 25. September 2010 findet CHINA TIME Hamburg zum dritten Mal statt. Mit dieser breit angelegten Veranstaltungsinitiative präsentiert die Freie und Hansestadt Hamburg alle zwei Jahre ihre in Europa einzigartige China-Kompetenz. Dr. Nikolas Hill, Staatsrat der Behörde für Kultur, Sport und Medien, eröffnete im chinesischen Teehaus Yu-Garden ein Auftakt-Treffen der Veranstaltungspartner.

Hamburg, 16. Oktober 2009. Für die Beziehungen Hamburgs zur Volksrepublik China wird 2010 ein besonderes Jahr: Während die Veranstaltungsinitiative CHINA TIME Hamburg im September 2010 bereits zum dritten Mal in der Hansestadt stattfindet, präsentiert sich Hamburg auf der EXPO 2010 in Shanghai mit einem eigenen Bauprojekt, dem „Hamburg House“, als lebenswerte und innovative Metropole. Und die Handelskammer Hamburg lädt vom 24. bis 26. November 2010 zum vierten Mal zu ihrem Wirtschaftsgipfel „Hamburg Summit: China meets Europe“, der alle zwei Jahre hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Politik nach Hamburg führt.

„Hamburg wird seine engen und freundschaftlichen Verbindungen mit China im offenen Dialog über Politik und Rechtsentwicklung, Handel und Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sowie Sport und Kultur weiter ausbauen“, sagte Dr. Nikolas Hill, Staatsrat der Behörde für Kultur, Sport und Medien, heute anlässlich eines Vorbereitungstreffens im chinesischen Teehaus, zu dem auch die chinesische Generalkonsulin Chen Hongmei gekommen war.

Zu dem Auftakttreffen eingeladen hatte die Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg gemeinsam mit der Behörde für Kultur, Sport und Medien und der Hamburg Marketing GmbH alle wichtigen Hamburger China-Akteure, -Vereine und -Institutionen. Sie haben jetzt als Veranstaltungspartner die Möglichkeit, eigene Vorschläge, Ideen und Themen für CHINA TIME Hamburg 2010 zu entwickeln. Im Zuge dessen informierte die Hamburg Marketing GmbH auch über die für 2010 geplanten Marketing-Aktivitäten in Hamburg und China.

Hamburg wird laufende China-Aktivitäten verstärken

Staatsrat Dr. Hill verwies darüber hinaus auf viele laufende China-Aktivitäten der Hansestadt, etwa die Feiern zum 100-jährigen Bestehen der Hamburger Sinologie an der Universität Hamburg, den regelmäßigen Austausch von Schülern und Studierenden, das „Deutsch-Chinesische Bildungsforum“ oder den Austausch mit chinesischen Journalisten „Medienbotschafter“, den die Hamburg Media School gemeinsam mit der Robert-Bosch Stiftung bereits im zweiten Jahr durchführt.

Das heutige Treffen im Teehaus nutzte auch das Konfuzius-Institut Hamburg zur Präsentation ihres neuen Hamburg China City Guide. Der Band stellt die facettenreiche China-Kompetenz Hamburgs vor und gibt einen zweisprachigen Überblick zu rund 100 städtischen Institutionen, Vereinen, Verbänden und Bildungseinrichtungen.

Zum Abschluss des Abends fand eine Lesung und Diskussion mit der Shanghaier Autorin Chen Danyan zum Thema „Schillerndes Shanghai: Ein Blick hinter die Kulissen“ statt. Die Schriftstellerin war im Rahmen einer Reise zur Frankfurter Buchmesse auch zu einem Besuch in die Partnerstadt Hamburg gekommen.

CHINA TIME Hamburg 2010: Die Veranstaltungsreihe CHINA TIME Hamburg ist eine Initiative des Hamburger Senats, mit der die Hansestadt seit 2006 ihre europaweit herausragende China-Kompetenz alle zwei Jahre einem breiten Publikum präsentiert. Ein abwechslungsreiches Programm mit Veranstaltungen zu Politik, Gesellschaft und Recht, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt, Kultur und Lebensart sowie Sport und Gesundheit soll über das Reich der Mitte und Hamburgs langjährige und enge Beziehung zu China informieren. Zahlreiche regionale und überregionale Institutionen, Unternehmen, Stiftungen, Initiativen, Vereine und Verbände beteiligen sich mit Vorträgen, Podiumsrunden, kulturellen Projekten und praktischen Angeboten an der Veranstaltungsreihe. CHINA TIME Hamburg 2010 findet im nächsten Jahr vom 9. bis 25. September statt.

Mehr Informationen unter www.chinatime-hamburg.de

Mehr zu CHINA TIME Hamburg 2010 finden Sie unter:

www.chinatime-hamburg.de

Für Rückfragen und Medienanfragen:

Johannes Freudewald, Pressesprecher CHINA TIME Hamburg 2010,
Hamburg Marketing GmbH, Mobil +49-(0)176-4300501, E-Mail: johannes@freudewald.de

Kontakt: Pressestelle des Senats, Simone Ollesch,
Telefon: (040) 42831-2155, E-Mail: simone.ollesch@sk.hamburg.de

12. Oktober 2009/bwf12

HafenCity Universität Hamburg: Präsident Spier geht zurück in die Forschung

Senatorin Gundelach bedauert und respektiert die Entscheidung

Der Präsident der HafenCity Universität Hamburg, Steven Spier, hat sich entschlossen, das Amt des Präsidenten zum 31. Januar 2010 niederzulegen. In der heutigen Sitzung hat er den Hochschulrat der Universität davon unterrichtet. Zuvor hatte er Wissenschaftssenatorin Gundelach informiert. Der gebürtige Kanadier leitet seit ihrer Gründung in 2006 Hamburgs neueste Universität und die einzige Universität Europas, die ausschließlich auf Bauen und Stadtentwicklung fokussiert ist.

Die Entscheidung von Spier basiert dabei ausschließlich auf persönlichen Beweggründen: „Mein berufliches Konzept führt mich zurück in den akademischen Bereich“, so **Steven Spier**. „Die Leitung und das Management einer so jungen Hochschule erfordern vom Präsidenten starke ständige Präsenz und einen überdurchschnittlichen Zeiteinsatz. Wissenschaftliche Arbeit und Forschungstätigkeit sind damit nicht vereinbar. Mir fehlen diese Tätigkeiten jedoch in einer Weise, dass ich mich nach reiflicher Überlegung zu diesem auch für mich schweren Schritt entschieden habe.“

Wissenschaftssenatorin **Dr. Herlind Gundelach**: „Steven Spiers Entscheidung, sich wieder der Forschung zu widmen, respektiere ich mit Hochachtung, wenngleich ich sie aus Sicht der Stadt und auch persönlich sehr bedauere. Hamburg verliert einen Hochschulpräsidenten, der sich mit großer Leidenschaft für seine Universität eingesetzt hat. Steven Spier hat der HCU seit Anbeginn ihrer Gründung eine Seele verliehen und es verstanden, in der Zeit der räumlichen Zersplitterung die Mannschaft zusammen zu binden. Mit einer zukunftsweisenden Struktur hat er die HCU auf den richtigen Weg gebracht. Dafür danke ich ihm im Namen der Stadt sehr herzlich.“

Mit großem Bedauern, aber auch mit Respekt vor der inhaltlichen Begründung, nimmt der Hochschulrat der HCU die Entscheidung Spiers zur Kenntnis: „Mit Steven Spier verlieren wir eine Persönlichkeit, die das anspruchsvolle Projekt HCU maßgeblich geprägt hat“, so **Prof. Dr. Werner Sobek**, Vorsitzender des Hochschulrats der HCU. „Ich bedauere sehr, zukünftig auf die konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit verzichten zu müssen.“

Die Idee der HCU, alle für den Bau notwendigen Studienfächer unter einem Dach zu vereinen, und die herausfordernde Aufgabe der Entwicklung und Gestaltung einer einzigartigen

Hochschule, die ausschließlich auf Bauen und Stadtentwicklung fokussiert ist, bewogen Steven Spier in 2005 zu seiner Bewerbung um das Präsidentenamt.

„Ich glaube fest an das Konzept der HCU“, so **Steven Spier**. „Die HafenCity Universität Hamburg verfolgt eines der europaweit innovativsten Universitätskonzepte in Lehre und Forschung. Auch mit dem Entwurf für den zum Wintersemester 2012 bezugsfähigen Neubau in hervorragender Lage in der HafenCity ist die HCU durch die räumliche Überwindung von Fachgrenzen gleichfalls neue Wege gegangen. Wir haben damit wichtige Meilensteine in der Entwicklung der HCU genommen, und ich verlasse die Universität im festen Wissen um die weitere positive Ausgestaltung und Entwicklung dieser besonderen Hochschule.“

Steven Spier ist seit ihrer Gründung am 1. Januar 2006 Präsident der HafenCity Universität Hamburg. Vorher war er 6 Jahre Architektur-Professor für Entwurf und Theorie und Department Vorsteher Architektur an der Strathclyde University Glasgow. Als Wissenschaftler arbeitete Spier 6 Jahre als Senior Lecturer bei der London South Bank University und 2 Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der ETH-Zürich. Sein Studium schloss er mit einem Master of Architecture vom SCI-Arc in Los Angeles und einem Bachelor of Arts in Philosophie vom Haverford College ab.

Für Rückfragen und Kontakt zum Präsidium der HCU:

Mechtild Freiin v. Münchhausen, Leiterin des Referats für Kommunikation,
Tel.: 0151 12 57 88 39, E-Mail: Mechtild.vonMuenchhausen@hcu-hamburg.de

Kontakt zur Behörde:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

14. Oktober 2009/bksm14

Bundesverdienstkreuz für Uwe M. Schneede

Würdigung der Verdienste um Kunst und Kultur

Für seine Verdienste um Kunst und Kultur in Deutschland und darüber hinaus, sowie um das kulturelle Leben in Hamburg hat Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler dem Kunsthistoriker Prof. Dr. Uwe M. Schneede das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Heute wurde die Auszeichnung von Hamburgs Senatorin für Kultur, Sport und Medien überreicht. Prof. Dr. Karin v. Welck: „Egal ob als Kunstkritiker, Dozent, Leiter des Kunstvereins oder Direktor der Hamburger Kunsthalle – Uwe Schneede hat stets das Ziel verfolgt, die Menschen für die Kunst zu gewinnen. Mit Erfolg! Unter seiner Leitung hat sich die Kunsthalle verstärkt den Besuchern zugewandt und weiter zu einem anregenden, offenen Haus entwickelt.“

1991 übernahm Uwe Schneede die Leitung der Hamburger Kunsthalle. Als Kunsthallendirektor widmete er sich intensiv dem Ausbau der Publikumsansprache sowie des Marketings. Als erster deutscher Museumsdirektor richtete er eine Stelle für Provenienzforschung an seinem Haus ein. Schneedes Arbeit trug maßgeblich dazu bei, die 1997 eröffnete Galerie der Gegenwart als eine der ersten Adressen für zeitgenössische Kunst in Deutschland zu etablieren. Bereits zuvor hatte sich Uwe Schneede lange Jahre für die Kultur in Hamburg engagiert, unter anderem als Leiter des Kunstvereins von 1973 bis 1984. In den frühen achtziger Jahren setzte er sich als Mitbegründer und Sprecher der Arbeitsgruppe Bildende Kunst für die Verbesserung der Situation von Kunst und Künstlern in Hamburg ein. Darüber hinaus war er in der Hansestadt – ebenso wie zuvor auch in Stuttgart – Mitbegründer eines Kommunalen Kinos und blieb bis 1984 in dessen Vorstand. Außerdem war Uwe Schneede über viele Jahre als Professor für Kunstgeschichte an der LMU München sowie der HFBK Hamburg und als Mitglied in verschiedenen national und international bedeutenden Gremien tätig. Seit 2006 ist er Mitglied des Koordinierungskreises Kultur in der Hafencity Hamburg.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

16. Oktober 2009/bksm16

SPERRFRIST 17.00h !!!!

Robert Wilson erhält Medaille für Kunst und Wissenschaft

Senatorin v. Welck würdigt Verdienste um Hamburger Kultur

Am heutigen Freitag hat Prof. Dr. Karin v. Welck, Senatorin für Kultur, Sport und Medien, den Theaterregisseur, Maler und Designer Robert Wilson mit der Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Der US-Amerikaner nahm die Ehrung im Rahmen der Ausstellungseröffnung „Robert Wilson Video Portraits“ in der Galerie der Gegenwart entgegen.

Senatorin v. Welck: „Über Amerika hinaus hat Wilson seine Vision des Theaters durch die ganze Welt getragen und unterschiedliche Menschen in Projekten zusammengeführt. Hamburg hat er dabei immer wieder mit einzigartigen und unvergesslichen Inszenierungen bereichert.“

Der gebürtige Texaner Robert Wilson ist hierzulande vor allem durch seine wegweisenden Regiearbeiten am Thalia Theater bekannt geworden. Anfang der 90er Jahre entstanden dort unter Wilsons Leitung die Musicalproduktionen „The Black Rider“ (1991) und „Alice“ (1992) nach Kompositionen von Tom Waits. Insbesondere die Inszenierung „The Black Rider“ erhielt zahlreiche internationale Gastspieleinladungen und machte das Thalia Theater zu einem wichtigen Botschafter der Kulturmetropole Hamburg.

Vom 17. Oktober 2009 bis zum 10. Januar 2010 sind in der Galerie der Gegenwart fünf und in der Sammlung Falckenberg vierzig von Robert Wilson gestaltete Videoporträts zu sehen.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

17. Oktober 2009/bksm17

Bundesverdienstkreuz für Jürgen Blankenburg

Würdigung der Verdienste um Kunst und Kultur in Hamburg

Für seine Verdienste um die Kunst und Kultur in Hamburg hat Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler dem Hamburger Jürgen Blankenburg das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Überreicht wurde die Auszeichnung von Prof. Dr. Karin v. Welck, Senatorin für Kultur, Sport und Medien: „Seit Jahrzehnten macht sich Jürgen Blankenburg um das kulturelle Leben in unserer Stadt verdient. Mit seinem unermüdlichen und großzügigen Engagement für Kunst und Kultur ist es ihm gelungen, vor allem junge Menschen an die Kultur heranzuführen und sie für die Kultur zu gewinnen. Dank seiner Gabe, auch Andere für Kultur zu begeistern, konnte er mit seinem Vorbild andere Stifter und Mäzene gewinnen, sich für Kunst und Kultur einzusetzen.“

Jürgen Blankenburg ist seit 1996 unter anderem Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung für die Hamburger Kunstsammlungen, die die Sammlungen der Kunsthalle und des Museums für Kunst und Gewerbe seit 1956 durch Ankäufe um bedeutende Kunstwerke erweitert. zwanzig Jahre lang war er im Vorstand der Lichtwark-Gesellschaft, lange im Kulturkreis der deutschen Wirtschaft. Seit mehr als fünfzig Jahren wirkt er maßgeblich in der weltweiten Schüleraustauschorganisation AFS mit. Gemeinsam mit seiner Frau, Monika Blankenburg, gründete Jürgen Blankenburg zwei Stiftungen zur Förderung von Kunst für junge Menschen in Hamburg sowie zur Restaurierung von Büchern.

Im Jahr 2007 hatte Senatorin v. Welck Jürgen Blankenburg für seine Verdienste um die Kultur in Hamburg bereits mit der Senator-Biermann-Ratjen-Medaille geehrt.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 19. Oktober bis 25. Oktober 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 19.10.2009

- 13:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den neuen **Generalkonsul der Portugiesischen Republik, Dr. António José Alves de Carvalho, zum Antrittsbesuch.**
- 14:30** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt den **Gebietsgouverneur der Mangistau-Region (Kasachstan), Krymbek Kuscherbayev, zum Gespräch.**
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich des 90-jährigen Bestehens der Universität Hamburg.**
- Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil.

Dienstag, den 20.10.2009

- 12:30** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt den **Generalkonsul der Russischen Föderation in Hamburg, Dr. Sergey P. Ganzha, und den Vorsitzenden der Deutsch-Russischen Gesellschaft in Hamburg e.V., Jürgen Hufeland, zum Senatsempfang anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen-Russischen Gesellschaft in Hamburg e.V.**
- 14:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Konsul der Republik Tunesien, Hamed Ben Brahim, zum Abschiedsbesuch.**
- 18:00** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Berliner Tor 5, Hörsaal 111
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt als **Schirmherrin an der Veranstaltung „Was geschieht im Osten“. Was wissen wir im Westen? Medien und Demokratie in Osteuropa“ teil.**
- 19:30** Metropolis Kino, Steindamm 52-54
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnungsgala zu den 20. Lesbisch Schwulen Filmtagen Hamburg.**

Mittwoch, den 21.10.2009

- 09:30** Rathaus, Phönixsaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann spricht ein Grußwort anlässlich der Veranstaltung **„Hamburg – Wirtschaftsstandort für Lateinamerikanische Unternehmen“**, zu der die HWF Hamburgische Gesellschaft für

Wirtschaftsförderung mbH, einlädt.

- 13:30** Beiersdorf AG, Tropelowitzstraße 17
Senator Axel Gedaschko übergibt einen **Zuwendungsbescheid an die Beiersdorf AG.**
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil am **Gala-Dinner anlässlich des „4th German-Arab Health Forum“.**
- 19:00** Überseeclub, Festsaal
Senator Axel Gedaschko nimmt teil am **Abendessen mit dem ungarischen Wirtschaftsminister.**
- 19:00** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung des Botschafters der Republik Ungarn, Dr. Sándor Peisch**, und des **Honorargeneralkonsuls der Republik Ungarn, Prof. Dr. Dr. h. c. Helmut Greve**, teil an der **Vortragsveranstaltung mit dem Minister für nationale Entwicklung und Wirtschaft Ungarns, István Varga.**

Donnerstag, den 22.10.2009

- 10:30** Hauptbahnhof
Senatorin Anja Hajduk eröffnet **das Plus-Energie-Haus des Bundesverkehrsministeriums.**
- 14:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Senator Axel Gedaschko spricht beim **Senatsempfang Deutscher Logistik Kongress.**
- 18:00** Sportplatz Feldstraße, Feldstr. 71
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht das Grußwort zur **Einweihung des Kunstrasenplatzes Feldstrasse.**

Freitag, den 23.10.2009

- 11:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann **empfängt den neuen Generalkonsul der Republik Panama, Diego Arango Pezet, zum Antrittsbesuch.**
- 14:00** Rathaus Stade, Hökerstr.2, Stade
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort anlässlich der Zeichnung einer Vereinbarung über den Bau eines gemeinsamen niedersächsisch-hamburgischen Grundbuch- und Grundaktenarchivs in Stade.**
- 19:00** Handelskammer, Börsensaal
Senator Axel Gedaschko spricht ein **Grußwort anlässlich der 50. Hanseboot Eröffnungsveranstaltung.**

Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil.

Samstag, den 24.10.2009

19:00 Lichthof der Staatsbibliothek, Von-Melle-Park 3
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort** anlässlich des Festakts „**530 Jahre Staats- und Universitätsbibliothek**“.

Sonntag, den 25.10.2009

11:00 Augsburg, Kongresshalle, Gögginger Str. 10, 86159 Augsburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der **Verleihung des Deutschen Umweltpreises**.

14:30 Hamburger Segelclub e.V., An der Alster 47 a
Staatsrat Dr. Manfred Jäger verfolgt von einem Begleitboot aus das **Finale der YACHT-Meisterschaft der Meister** und **übernimmt die Siegerehrung der drei besten Crews** in der Hanseboot Arena, Messeplatz 1, Halle B5.
Am Abend nimmt er teil am Championsdinner des Norddeutschen Regatta Vereins, Schöne Aussicht 37.